

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 9

Artikel: Israel : das Dilemma der 68er : kritische Solidarität verhindert
Autor: Herter, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339888>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nach den Ereignissen im Libanon, kaum abzusehen. Sicher ist, dass eine dauerhafte Lösung des Nahostkonfliktes nur dann eine Chance hat, wenn sich auch bei den Israelis die Einsicht durchsetzt, dass die Palästinenser zunächst eine anerkannte Form nationaler Un-

abhängigkeit erhalten müssen. Ob sich dann später aus dem Nebeneinander von Juden und Palästinensern ein Miteinander (in Form einer Föderation, eventuell mit weiteren Nachbarstaaten) entwickeln kann, darüber lässt sich heute noch keine Voraussage machen.

Martin Herter

Israel: Das Dilemma der 68er

Kritische Solidarität verhindert

Das Dankeschreiben der israelischen Botschaft muss irgendwo bei mir zu Hause noch herum liegen. Begeistert von der Tapferkeit des israelischen Volkes und seiner Armee hatte ich damals, fünfzehnjährig, in unserer Schule spontan eine Sammlung organisiert. Über 80 Franken waren in nur zwei Pausen zusammen gekommen. Wer mochte schon damals, im Juni 1967, nein sagen?

Auf einer Landkarte im Schulzimmer markierten täglich kleine Fähnchen den Vorstoss der israelischen Truppen. Dass die Golan-Höhen und der Sinai dieselbe Farbe wie Israel trugen, fiel mir erst später auf. Auch unsere Ängste, wenn einmal ein Vorstoss der Israelis nicht so reibungslos vorwärtsging, wusste unser Klassenlehrer — Oberst im Generalstab der Schweizer Armee — rasch zu zerstreuen: «Mit diesen Kameltreibern werden die noch lange fertig.» Dass an der jordanischen Front — trotz Kapitulation der jordanischen Armee — erbitterter Widerstand geleistet wurde, nahmen wir nicht zur Kenntnis. Palästina?

Ein verstaubter Begriff aus dem Geschichtsbuch.

Dann rückte der Vietnam-Krieg in unser Bewusstsein. Angesichts der mit Napalm bombardierten Dörfer verfielen die Readers Digest-Phrasen vom freien Westen, der die Welt vom Kommunismus schützt, nicht mehr. 1968 und die Jahre danach lehrten uns, die Dinge zu hinterfragen. Israel blieb davon vorerst ausgeklammert.

Mit brutalen Methoden suchte die PLO das zu verhindern. Die Anschläge von Tel Aviv, München und Athen lösten neben der Empörung über den Tod unschuldiger Zivilisten auch die Frage nach dem Warum aus. Der Schwarze September 1970 wurde zu einem historischen Datum.

Zwischen Hebräisch-Büffeln und Palästinakunde tauchte während des Theologie-Studiums immer wieder die Frage nach den Palästinensern auf. Die Faschismus-Forschung, der Antisemitismus und das Erkennen seiner Ursachen liessen mich die Geschichte des jüdischen Staates nachlesen. Die Heimstätte derer, die die

Schlachtereien der Nazis überlebt hatten, als Ort der Diskriminierung Andersgläubiger? Es war schwer zu glauben.

Wie einfühlbar war dieses «nächstes Jahr in Jerusalem» gewesen. Im Ohr die Exodus-Hymne, wollte ich Israel immer wieder entschuldigen. Sie war ja so verständlich, jene Angst der Israelis vor der vermeintlichen Übermacht der Araber. Die Wild-West-Methoden, mit denen der israelische Geheimdienst agierte — etwa bei der «Entführung» der französischen Kanonenboote —, sie erheischten bei aller Skepsis doch Bewunderung.

Da las man andererseits von den intensiven Beziehungen zu Südafrika und Taiwan. Vom Schah-Geheimdienst im Iran, aufgebaut von den Israelis. Von Baby-Doc's Mördergarde in Haiti, ausgerüstet und trainiert von den Israelis. Derartige Dinge konnten nicht mehr als diplomatische Fehlpässe taxiert werden. Es waren handfeste Skandale.

Die Jubel-Töne der deutschen Rechten, allen voran der Springer-Presse, das Hofieren der USA mit den israelischen Regierungen: Das liess die Skepsis wachsen. Doch über Israel durfte nicht diskutiert werden. Als «rotlackierter Nazi», als «Antisemit» wurde jener bezeichnet, der versuchte, Gepflogenheiten, die in Mitteleuropa spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg das friedliche Zusammenleben der Völker garantieren, auf den Nahen Osten zu übertragen. Jede Grenzverletzung Israels, jede Zwangsmassnahme in den besetzten Gebieten wurde von hiesigen Lokalpolitikern mit einem wohlwollenden Achselzucken übergangen. Jahrelang durften die israelischen Bomber Beirut überfliegen.

Als dann im Juni 1982 auch die Panzer nachstiessen, bekam das Achselzucken eine andere Be-

deutung: Ein Zeichen völligen Unverständnisses jener, die ihre Hoffnungen in den Separatfrieden von Camp David, in die ägyptisch-israelischen Annäherungen gesetzt hatten und dabei die Hoffnungen und Ansprüche des palästinensischen Volkes vergessen hatten. Die nicht daran glauben wollten, dass Begin und seine Strategen tatsächlich ernst machen mit ihrem Gross-Israel. In den Trümmern Beiruts wurden auch viele ihrer Illusionen begraben.

Heute darf man frei und unverblümt über Begin's Aggressionspolitik diskutieren. Selbst in Israel. Allerdings mischen sich dieser Tage Stimmen in die Diskussion ein, die ich lieber mit einer deutlichen Ohrfeige dahin jagen möchte, wo sie hingehören: Auf den Müllhaufen der Geschichte. Speiübel wird es mir, wenn die «Deutsche Nationalzeitung» über Begin's Aggressionskrieg loszieht; sie, die den Angriff auf die Sowjetunion noch als Heldenschlacht

der deutschen Wehrmacht feiert.

Jene allerdings, die in blindem Vertrauen jede Rechtsverletzung des israelischen Staates zu entschuldigen wussten, statt in kritischer Solidarität die Dinge beim Namen zu nennen, sind an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Denn blindes Vertrauen — das hätten gerade Sozialdemokraten mittlerweile lernen müssen — macht bekanntlich blind.

Yossi Sarid

Israel: Kein Platz für Linke

Die Zukunft der israelischen Arbeiterpartei

Die Invasion israelischer Truppen im Libanon macht eine Vorbermerkung zu diesem Artikel notwendig. Da er noch vorher verfasst wurde, konnte sein Autor, Abgeordneter der Arbeiterpartei in der Knesset und in Opposition zu seiner Parteiführung stehend, zu den Ereignissen hier nicht Stellung nehmen. Aber er beleuchtet die innenpolitische Lage in Israel und gibt damit auch eine Erklärung, warum Begin überhaupt die Möglichkeit hat, seine aggressive Politik für eine friedliche Lösung des Nahost-Problems durch eine Verständigung mit den Palästinensern und ihren Vertretern eintritt, so erscheint das nach der jüngsten Militäraktion nur die Hoffnung, dass sich eines Tages doch noch die politische Vernunft durchsetzen wird.

Am 30. Juni 1981 hat die Israelische Arbeiterpartei wieder einmal die allgemeinen Wahlen verloren; die erste Niederlage hatte sie im Mai 1977 hinnehmen müssen. Der Abstieg kam, nachdem sie fast 30 Jahre lang ununterbrochen die herrschende, allmächtige Partei des Landes gewesen war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Arbeiterpartei die absolute Kontrolle über die zionistische Bewegung und über Histadrut (Bund der Arbeit) — die beiden wichtigsten Organe im neugebildeten Staat — ausgeübt.

Drei Millionen Einwohner — neun Parlamentsparteien

Die Niederlage 1981 war besonders frustrierend und schmerzlich, weil die Arbeiterpartei in gewisser Hinsicht einen beachtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte: Verglichen mit 32 Sitzen in der neunten Knesset, erhielt sie diesmal 48. Trotz dieser beeindruckenden Leistung war sie nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden. Die Likud-Partei errang genau dieselbe Mandatszahl. Um zu erklären, warum es der Arbei-

terpartei bei gleicher Mandatszahl unmöglich war, eine Regierung zu bilden, während Begin's Likud-Partei sehr wohl dazu imstande war, bedarf es einer Beschreibung der Zusammensetzung der gegenwärtigen zehnten Knesset.

Zusätzlich zu Likud und zur Arbeiterpartei sind in der gegenwärtigen Knesset noch sieben weitere Parteien vertreten:

● Die National-Religiöse Partei (National Religious Party — NRP) mit sechs Sitzen. Diese Partei war immer der traditionelle Partner der Arbeiterpartei, was ihr ermöglichte, Koalitionsregierungen zu bilden. In den letzten Jahren war die National-Religiöse Partei allerdings von einem Rechtstrend hin zu Begin's Likud-Partei gekennzeichnet und bezog extreme und aggressive politische Positionen. Die Wahlen im vergangenen Juni versetzten dieser Partei einen schweren Schlag. Sie verlor sechs der zwölf Man-